Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 118. Sonnabend, 23. Mai 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Pfingstgeist und Pfingsttat.

In den jeglichen Zukunftsgedanken tiefer als je erschlossenen Boden der deutschen Volksgemeinschaft senkt sich in diesem Jahre die pfingstliche Mahnung doppelt nachdrücklich. Welche pfingstliche Mahnung? Es ist — gleichgültig, ob man von den Worten der Bibel, oder von den zu dieser Jahreszeit einen jeden beherrschenden rein menschlichen Empfindungen ausgeht — das tief innerliche Bewußtsein, daß etwas Neues wird, daß man selbst als Mitglied der auf Gedeih und Verderb verbundenen Volkseinheit berufen und verpflichtet ist, an diesem Neuen mitzuschaffen, daß also der willige Zusammenschluß zu einmütiger Arbeit am Ganzen die unbedingte Voraussetzung der Vollendung ist. Jeden, der innerhalb einer christlichen Gemeinschaft wuchs und wurde, weht bei diesen Gedanken der Zauber und die mahnende Kraft der Bibelworte an: „Und als der Tag der Pfingsten erfüllet war, waren sie alle einmütig beieinander."

Wahrlich, der Boden ist wohl vorbereitet, damit das Samenkorn dieser mahnenden Botschaft auf ihm aufgehen könnte! Nirgends in der Welt vielleicht ist das Gefühl davon, daß ein neuer Weg eingeschlagen werden muß, so stark, wie in Deutschland. Nicht, weil der Druck von außen wesentlich stärker und unerträglicher geworden wäre, als in den vergangenen Jahren, sondern weil wir das ganz klare und zutreffende Empfinden haben, daß große und für das Werk des Wiederaufbaues in geistigem wie in materiellem Sinne unentbehrliche Teile des Volkes sich in einer Weise auseinandergelebt haben, die über sie die babylonische Verdammnis verhängt. Den Fluch des Redens in Sprachen, die der Nächste nicht mehr verstehen kann.

Wir empfinden die Unerträglichkeit des herrschenden Zustandes, aber wir wissen nicht, wie wir diesen Fluch überwinden sollen. Was taten, so mag man fragen, die Jünger Christi, um am Pfingstmorgen plötzlich in Sprachen reden zu können, die die Angehörigen aller auf die merkwürdige Botschaft der Apostel wartenden Völker verstanden? Ihnen ward die pfingstliche Gnade der Ausgießung des heiligen Geistes zuteil. Aber — war das alles? Das Entscheidende war doch bei ihnen die Einmütigkeit, in der sie sich zu dem ihnen aufgetragenen Werk der Mission vereinigten, war vor allen Dingen der unbedingte Glaube an das Ziel, das sie sich gesetzt, das ihnen vom Herrn gesetzt worden war.

Wir haben das Ziel vor uns, das unsere Zeit, das die Not der Gegenwart uns setzt. Wo ist unsere Einmütigkeit, wo ist unser Glaube an die Vollendbarkeit des uns übertragenen Werkes? Uns fehlt in jedem Augenblick und fast jeder kleinen Aufgabe gegenüber die Kraft der Selbstlosigkeit, auf das, was unseren persönlichen Wünschen entspräche, zu verzichten, die Dinge so zu leiten, daß sie sich zur Vollendung fügen, wenn sie auch dabei an der Erfüllung eigener selbstischer Wünsche vorübergehen.

Aber — fehlt uns wirklich die Kraft, deren wir in der Erreichung eigennütziger Ziele oft so erstaunlich viel entwickeln? Fehlt uns nicht vielmehr der Wille, sie einmal nicht in den Dienst persönlicher Interessen zu stellen? Denn die Erkenntnis des Notwendigen fehlt uns gewiß nicht in diesen Tagen, die ausgefüllt sind von quälenden Erörterungen über das, was werden soll! Dieser Erkenntnis gerecht zu werden und ihr gemäß unsere Willensentschlüsse zu lenken ist die Aufgabe, die das Pfingstfest uns in diesem Jahre dringender als je stellt. Als Fest des Geistes ist das Pfingstfest eine Mahnung zur Erneuerung des Geistes und ein Fest der Mahnung zur Betätigung im so erneuerten Geiste.

Die Gnade, die den Jüngern zuteil ward, war kein unverdientes Geschenk, sondern eine Bestätigung der Kraft des unerschütterlichen Glaubens an eine Aufgabe und an ein Ziel. Auch wir haben eine unmißverständliche Aufgabe und ein klar vorgezeichnetes Ziel. Die Bewältigung dieser Aufgabe und Erreichung oder Nichterreichung dieses Zieles bedeutet die Entscheidung über die Frage unserer Existenzberechtigung. Immer noch in allen entscheidenden Abschnitten der Geschichte wuchsen die Menschen und wuchsen die Völker mit ihren höheren Zwecken und Zielen. Wehe uns, wenn wir uns unserer großen, einzigartigen Mission nicht gewachsen erweisen!

Merkwürdig mögen solche Worte klingen als Auftakt zu Pfingsten, dem fröhlichen Fest der Freude. Allein — man würde es besser als das Fest der Freudigkeit zu neuen Aufgaben bezeichnen, einer Freudigkeit, die immer einen ernsten Unterton, den der Verpflichtung zur Erfüllung des übertragenen Werkes, haben wird. Vor dem Ernst des auf uns wartenden Werkes braucht sich die Freudigkeit seiner endlichen entschlossenen und vertrauensvollen Inangriffnahme nicht zu verlieren. Ja, erst wenn wir mit solcher ebenso freudigen wie verantwortungsbewußten Entschlossenheit an die Neuschaffung unserer Zukunft aus dem Geiste einer neuen Gemeinschaft herangehen, wird sich erweisen, daß solche selbstlose und dem Ganzen dienende Arbeit ihren unerschöpflichen Lohn in sich trägt.

Aus solchem Pfingstgeist entfaltet sich die Pfingsttat zwangsläufig und ohne den Stachel vernachlässigter oder aufgegebener eigener Vorteile in unserem Herzen zurückzulassen, denn das vollendete Werk lohnt unvergleichlich viel mehr, als jemals die Durchsetzung engherziger und an den eigenen Vorteil gebundener Zwecke lohnen kann. Ehe wir uns allerdings zu solch gemeinsamer Pfingsttat für die Zukunft unseres Volkes vereinigen können, muß uns auch die Gnade zuteil werden, wieder einer Sprache und eines Sinnes zu werden — eine Gnade, die uns in dem Augenblick zuteil wird, wo wir an die Gemeinsamkeit unserer Zukunft unter Einschluß aller Volksgenossen wieder glauben lernen, wie die Jünger an die Botschaft ihres Herrn glaubten und dadurch des Geistes der weltumfassenden Gemeinschaftlichkeit, Menschlichkeit und Brüderlichkeit teilhaftig wurden.

Die oberschlesische Minderheitsfrage in Genf.

Die deutsche Memel-Beschwerde und die Danzig-polnischen Beziehungen vor dem Rat.

Ueber Offenlegung der Rüstungen.

Genf. (Funkspruch.) Auf der Tagesordnung der heutigen Schlußsitzung des Völkerbundsrates stand als wichtigster Punkt der Bericht über die Lage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien. Berichterstatter ist der japanische Delegierte Yoshisawa. Dr. Curtius hat den Ratsvorsitz an den britischen Außenminister Henderson abgetreten, um, wie im Januar, für diese Frage die notwendige Handlungsfreiheit zu haben. Die in den letzten Tagen ununterbrochen geführten Verhandlungen wurden bis in die vorige Nacht fortgesetzt und sind heute in den frühen Morgenstunden wieder aufgenommen worden. Nahezu unüberbrückbare Schwierigkeiten haben sich, wie vorauszusehen war, daraus ergeben, daß Polen seinen Bericht über die Maßnahmen, die es entsprechend der Aufforderung des Völkerbundsrates vom Januar zu ergreifen hatte, entgegen dem Wunsch des Völkerbundsrats zu spät eingereicht hat. Außerdem ist der Bericht in seinen wichtigsten Teilen materiell ungenügend und bietet keine Gewähr für eine grundsätzliche Umstellung der polnischen Minderheiten-Politik in Oberschlesien.

Der Bericht, den Yoshisawa vorgelegt hat, läuft darauf hinaus, die Debatte abzuschließen.

Die deutsche Delegation wird sich bemühen, eine Vertagung auf die nächste Tagung des Rats im September zu erreichen. Sollte das nicht möglich sein, so dürfte der deutsche Außenminister gegen den Bericht stimmen und ihn dadurch zu Fall bringen.

Die Schlußsitzung des Völkerbundsrates begann pünktlich um 10 Uhr mit der Erörterung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte.

Genf. (Funkspruch.) Die heutige Schlußsitzung des Völkerbundsrates begann mit der Erörterung des Berichts über die Offenlegung der Rüstungen. Der Bericht berücksichtigt im wesentlichen die bekannten Vorschläge der englischen Regierung und besagt, daß die an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten eingeladen werden, Mitteilungen über ihren Rüstungsstand an Hand des englischen Vorschlags dem Generalsekretariat des Völkerbundes zur Weiterleitung an die Abrüstungskonferenz vorzulegen.

Die deutsche Delegation war entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung in der Abrüstungsfrage nicht in der Lage, diesem Bericht zuzustimmen.

•

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius

begründete seine Stimmenthaltung mit folgenden Ausführungen:

„Ich habe schon kürzlich dargelegt, daß es die Absicht der deutschen Regierung war, durch die Aufstellung eines alle wesentlichen Rüstungsfaktoren umfassenden Fragebogens der Konferenz ein vollständiges und übersichtliches Bild der gesamten auf der Welt vorhandenen Rüstungen zu verschaffen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß ein solches vollständiges Material über die vorhandenen Rüstungen für die Konferenz nach meiner Ansicht unbedingt notwendig ist, einerlei, ob sie sich an die Klauseln des Konventionsentwurfs halten will oder nicht. Ich kann es nur auf das lebhafteste bedauern, daß der uns vorliegende Berichtsentwurf in Anlehnung an einen stark umstrittenen Vorentwurf es unterläßt, dafür Sorge zu tragen, daß der Konferenz bei ihrem Zusammentritt das für ihre gedeihlichen Arbeiten erforderliche Material zur Verfügung steht. Ich fürchte, daß in den Augen der öffentlichen Meinung der Konferenz damit ein schlechter Dienst erwiesen ist. Jedermann wird sich fragen, welche Gründe denn die Staaten veranlassen, von den Personalbeständen, die ihnen bei einem Kriegsausbruch zur Verfügung stehen, nur einen kleinen Bruchteil, und von dem vorhandenen Landkriegsmaterial überhaupt keine Ziffern, nicht einmal die Zahl ihrer schweren Geschütze und ihrer Tanks, bekanntzugeben, ehe sie sich an den Verhandlungstisch setzen, um im gegenseitigen Einvernehmen über die Herabsetzung ihrer Rüstungen zu beschließen. Nachdem auch die wahrlich schon bescheidenen Vorschläge des britischen Vertreters in dem Bericht nicht restlos aufgenommen sind, ist es mir als deutschem Vertreter nicht möglich, einen Bericht anzunehmen, der wesentliche Rüstungselemente beiseitelässt und so wenig dem Grundgedanken des Artikels 8 der Satzung entspricht, wo es heißt, daß die Staaten „in offenster und vollständigster Weise" ihre Rüstungselemente anzugeben haben. Auf der anderen Seite will ich jedoch nicht soweit gehen, durch Ablehnung des Berichts das Zustandekommen der erforderlichen Einstimmigkeit zu verhindern und damit eine, wenn auch unzureichende Maßnahme zur Durchführung der Entschließung des Rates vom 24. Januar ds. Js. unmöglich zu machen. Ich enthalte mich daher der Stimme."

Anrufung des Haager Gerichtshofes. — Haager Gutachten wird eingeholt.

)(Genf. Der Völkerbundsrat hat gestern nachmittag seine Arbeiten mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung fortgesetzt.

Angenommen wurde zunächst der Bericht des spanischen Delegierten über den deutschen Antrag, die Zivilluftfahrt nicht in die Arbeiten der Abrüstungskonferenz einzubeziehen. Der Bericht erklärt, daß es Sache der Abrüstungskonferenz sei, auf Grund der bis dahin auszuarbeitenden Unterlagen eine Entscheidung zu treffen.

Ferner wurden angenommen der Bericht über die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, der außer verschiedenen technischen Einzelheiten die Wahl Hendersons zum Vorsitzenden und die Abhaltung der Konferenz in Genf vorsieht, der Bericht über die auf der 3. Tagung des Europaausschusses gefaßte Beschlüsse und schließlich der vom deutschen Vertreter erstattete Bericht über die 2. Konferenz für eine planmäßige Wirtschaftspolitik.

Ueber die deutsche Memelbeschwerde

berichtete der norwegische Delegierte. Er sprach in seinem Bericht die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, auf der Grundlage der Memelkonvention eine Regelung sowohl der juristischen als auch der finanziellen Fragen zu finden. Was die juristischen Fragen betrifft, so sollen sich die Signatarmächte der Memelkonvention auf Grund des Art. 17 dieser Konvention mit Litauen in Verbindung setzen. Komme eine Einigung nicht zustande, so soll auf Grund desgleichen Art. der Haager Gerichtshof angerufen werden. Bezüglich der finanziellen Fragen verwies der Berichterstatter auf die im Anschluß an seinen Bericht von dem litauischen Außenminister Zaunius abgegebene Erklärung, daß der Anteil des Memelgebietes an den Einnahmen Litauens durch statistische Erhebungen mit Unterstützung von Sachverständigen des Völkerbundes ermittelt werden solle.

Reichsaußenminister Dr. Curtius begrüßte es, daß die finanzielle Frage im Memelgebiet mit der autoritativen Hilfe von Sachverständigen des Völkerbundes gelöst werden solle. Hoffentlich werde sich nach Erledigung der beiden Fragen der Völkerbund nicht mehr mit dem Memelgebiet zu befassen haben.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde der

Bericht des Oberkommissars in Danzig

über die Beziehungen zwischen der Freien Stadt und Polen behandelt.

Der britische Außenminister Henderson als Berichterstatter analysierte die hauptsächlichen Bestimmungen dieses Berichtes und hob dessen Feststellung hervor, daß der gegenwärtige Konflikt kein Konflikt zwischen Danzig und dem Völkerbund sei und daß infolgedessen zu besonderen Schritten, insbes. zur Heranziehung polnischer Truppen, keine Veranlassung sei.

In der von Henderson vorgeschlagenen Entschließung fordert der Völkerbundsrat die beiden Teile auf, alles in ihren Kräften stehende zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu tun. Der Oberkommissar wird aufgefordert, für die nächste Ratstagung einen neuen Bericht vorzulegen.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte, daß er sich bei der Abstimmung über diese Entschließung der Stimme enthalten werde, da sie nicht dazu angetan sei, die Lage zu bessern.

Der Danziger Senatspräsident Dr. Ziehm behielt sich vor, seine Bemerkungen zu gegebener Zeit vorzubringen, insbesondere auch gegenüber dem Oberkommissar des Völkerbundes, dem er anläßlich seiner Wiederwahl sein volles Vertrauen aussprach.

Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Gravina, führte aus, daß in letzter Zeit die Lage in Danzig sich in recht bedrohlicher Weise entwickelt habe. Er kehre aber nach den heutigen Erklärungen im Völkerbundsrat nach Danzig mit der Hoffnung auf eine Besserung der Lage zurück.

Henderson gab noch eine kurze Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß der vorliegende Bericht ergeben habe, daß in Danzig Zwischenfälle vorgekommen seien, die geeignet seien, das Verhältnis zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig zu erschweren. Er richtete an die Stadt Danzig einen Appell, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Möglichkeit einer Wiederholung solcher Zwischenfälle zu unterbinden.

Dr. Curtius ergriff zum Schluß das Wort, um als Präsident des Rates dem Völkerbundskommissar Graf Gravina dafür zu danken, daß er sich bereit erklärt habe, seine schwierige Stelle für weitere drei Jahre beizubehalten. Dann richtete Dr. Curtius an alle Parteien den Appell, sich vom Geiste völliger Unparteilichkeit leiten zu lassen.

Der Völkerbundsrat beschloß sodann auf Vorschlag Hendersons, die Frage der von Polen geforderten Gleichberechtigung der polnischen Staatsangehörigen auf Danziger Gebiet mit den Danziger Staatsangehörigen dem Haager Gerichtshof zu überweisen.